

## FRAKTIONBESCHLUSS VOM 17. JANUAR 2012

# GRÜNE ECKPUNKTE FÜR EINE BUNDESWEITE ENDLAGER- SUCHE FÜR HOCHRADIOAKTIVEN ATOMMÜLL

### I. PRÄMISSEN UND RAHMENBEDINGUNGEN

- 1 | Die Endlagerung radioaktiver Abfälle ist eine nationale Aufgabe, die von der heutigen Generation gelöst werden muss. Das Verschieben des Problems in die Zukunft oder in andere Länder wird von uns abgelehnt. Das heißt: Keine Atommüllexporte! Keine Dauerzwischenlager! Übernahme der Verantwortung im Hier und Jetzt.
- 2 | Wir suchen nach bisherigem Stand ein Endlager für 29.000 m<sup>3</sup> hochradioaktive wärmeentwickelnde Abfälle (HAW).
- 3 | Für den hochradioaktiven Abfall wollen wir die Endlagerung in tiefen geologischen Schichten mit der Maßgabe eines Isolationszeitraums für eine Million Jahre.  
Keines der potentiellen Wirtsgesteine Salz, Granit oder Ton wird vor dem Beginn der Endlagerung von uns ausgeschlossen.
- 4 | Wir wollen die Rückholbarkeit für die Dauer der Betriebsphase des Endlagers, die gleichzeitig als Beobachtungsphase gilt. Danach wird das Endlager von der Biosphäre abgeschlossen. Eine Bergbarkeit für mindestens 500 Jahre muss durch die Behälter gewährleistet werden. (siehe Positionspapier Rückholbarkeit der Fraktion)
- 5 | Der Prozess der Endlagersuche muss so gestaltet sein, dass neue Erkenntnisse integriert werden können.
- 6 | Als Lehre aus der Gorleben-Historie muss der Auswahlprozess absolut transparent und nachvollziehbar sein.
- 7 | Als Grundlagen für die Endlagersuche und das Endlagersuchgesetz dienen der Abschlussbericht des AK End von 2002 und der vom BMU 2005 erarbeitete, aber nicht eingebrachte Gesetzentwurf für ein Endlagersuchgesetz.
- 8 | Ohne einen sofortigen Baustopp<sup>1</sup> in und einen Stopp weiterer Castor-Transporte nach Gorleben kann ein neues Endlagersuchverfahren nicht glaubwürdig sein und Akzeptanz finden.

!

---

<sup>1</sup> Also das Einstellen aller Ausbau- und Erkundungsarbeiten.

## II. KRITERIEN

Das Ziel der Endlagersuche ist die Auswahl des nach dem Maßstab Sicherheit bestgeeigneten Standorts in Deutschland. Potentielle Standorte in den Wirtsgesteinen Ton, Salz, Granit, die den Kriterien entsprechen, werden miteinander verglichen.

Kern der Endlagersuche sind die Kriterien nach denen gesucht und verglichen wird. Von ihnen hängt der Erfolg – Finden des sichersten Standortes – ab. Ihre sorgfältige Festlegung bestimmt

überdies die gesellschaftliche Tragfähigkeit und Akzeptanz des Auswahlprozesses. Ausschlusskriterien legen fest wo nicht gesucht wird. Um der hohen Relevanz der Kriterien Rechnung zu tragen, müssen diese vom Bundestag beschlossen werden.

Ebenso müssen die Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung der Abfälle vom Bundestag – und zwar vor Beginn des Auswahlprozesses – festgelegt werden.

## III. ZEITPLAN

Ein Endlagersuchgesetz für eine ergebnisoffene bundesweite Standortsuche muss noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

In der nächsten Legislatur soll die Auswahl der Standorte für die obertägige Erkundung erfolgen. Diesen Zeitrahmen wollen wir im Endlagersuchgesetz festschreiben um Handlungsdruck zu erzeugen.

Zieljahr für den Abschluss der obertägigen Erkundung ist 2020.

Ein möglicher (ambitionierter) Zeitplan könnte so aussehen:

- » 2012: Bundestagsbeschluss Endlagersuchgesetzes inklusive Kriterien
- » 2014 bis 2016: Festlegung von mindestens 4 aussichtsreichen Standorten
- » 2016 bis 2020: Übertägige Standorterkundung
- » 2021: Auswahl von mindestens 2 Standorten zur untertägigen Erkundung
- » 2021 bis 2027: Untertägige Erkundung
- » 2028: Festlegung des Standorts durch den Gesetzgeber
- » 2028–2037: Planfeststellungsverfahren

Ab 2042: Inbetriebnahme des Endlagers!

## IV. ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Der geowissenschaftliche Prozess der Standortauswahl und der soziale Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung haben gesellschaftlich gleich hohe Bedeutung. Sie haben aber unterschiedliche Aufgaben:

- » mit dem geowissenschaftlichen Prozess wird der nach dem Maßstab der Sicherheit bestgeeignete Standort Deutschlands gesucht und ausgewählt
- » mit dem sozialen Prozess wird die Bevölkerung auf die bestmögliche Weise einbezogen und beteiligt.

Für den Beteiligungsprozess bietet der Abschlussbericht des AK End eine gute Grundlage mit seinen Vorschlägen für Beteiligungsforen. Wollen wir aus Gorleben, aus Stuttgart 21 und anderen Großprojekten, die zur massiven Konfrontation zwischen Staat und BürgerInnen geführt haben, lernen, müssen wir aber nach neuen Beteiligungsformen suchen. Es kommt entscheidend darauf an, Bürgerinnen und Bürgern von Anfang an Partizipation anzubieten, Information allein reicht nicht.

Wir wollen eine Diskussion über die für diesen Prozess nötigen Beteiligungsverfahren in Gang setzen. Erste Ideen (additiv gemeint):

- 1 | Informationsplattform:**  
Bundesweit zugängliche Internetplattform mit interaktiven Elementen.  
Information im Sinne höchstmöglicher Transparenz, jeder Anschein von im eigenen Interesse ausgewählter Information muss vermieden werden. Die Informationsplattform ermöglicht die Bearbeitung von Anfragen aus der Öffentlichkeit. Dazu werden ausgewiesene ExpertInnen und Institutionen einbezogen.
- 2 | Endlager-Kommission die heterogen zusammengesetzt ist (was gesellschaftl. Gruppen wie auch Bundesländer betrifft)**  
Für diese Kommission können Vorschläge auf der Internetplattform gemacht werden.  
Die Zusammensetzung sollte im Konsens von Bundesregierung, Ländern und Fraktionen im Bundestag erfolgen.
- 3 | Regionale Partizipation:**  
Ab Auswahl der potentiellen Standorte, an denen übertägig erkundet werden soll, muss an allen Standorten ein Partizipationsprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern begonnen werden. Die Beteiligung an diesem Prozess steht allen offen die das wollen, die Beteiligten werden nicht ausgewählt. Das Ziel dieses Pro-

zesses ist die Einbeziehung des vor-Ort-Wissens, aber auch die Klärung der Bedingungen unter denen ein Endlager an diesem Standort für die Bürgerinnen und Bürger hinnehmbar wäre.

Der Prozess muss transparent sein (lifestream-Methode), sodass jeder Prozess auch an den jeweils anderen Standorten verfolgt werden kann.

- 4 | Begleitgruppe (ähnlich dem vom AK End vorgeschlagenen Kontrollgremium):**  
Dieses Gremium kann im letzten Schritt, aber auch schon früher eingesetzt werden.  
Es wird zur Hälfte auf Vorschlag des BMU, zur Hälfte auf Vorschlag der betroffenen Region aus FunktionsträgerInnen zusammengesetzt. Die Mitglieder haben Einblick in alle Unterlagen. Sie haben kontrollierende, informierende und bewertende Funktion. Sie können eigene Expertisen in Auftrag geben und eigene fachliche Vorschläge einbringen.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung insbesondere an der Kontrolle des Verfahrens muss bis einschließlich der Betriebsphase sichergestellt sein. Dafür müssen die nötigen Mittel bereitgestellt und die Unabhängigkeit des Gremiums über die gesamte Verfahrensdauer sichergestellt werden.

## V. FINANZIERUNG

Die Finanzierung der Standortsuche erfolgt nach dem Verursacherprinzip.

Die EVU-Rückstellungen sind in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu überführen, um das Verursa-

cherprinzip über die gesamte Dauer des Prozesses gewährleisten zu können.

## VI. ZUSTÄNDIGKEIT

Die Zuständigkeit muss in öffentlicher Hand sein.

Das gesamte Verfahren muss umfassender parlamentarischer Kontrolle unterliegen. Die parlamentarische Kontrolle stößt in der Praxis erfahrungsgemäß schnell an Grenzen, wenn es eine Verbin-

dung des Bundes mit privatrechtlichen Gesellschaften gibt.

Die Zuständigkeiten für Genehmigung, Betrieb und Kontrolle des Endlagers müssen klar getrennt sein.

Genehmigung, Errichtung und Betrieb eines Endlagers sind derzeit Landes- und Bundesbehörden zugeordnet: Betreiber eines Endlagers ist das Bundesamt für Strahlenschutz, atomrechtliche Geneh-

migungsbehörde die jeweilige Landesbehörde, die Rechts- und Fachaufsicht liegt beim Bundesumweltministerium. Damit sind die Zuständigkeiten getrennt..

## VII. GORLEBEN

Spätestens mit den Erkenntnissen des PUA (parlamentarischer Untersuchungsausschuss) Gorleben können wir davon ausgehen, dass Gorleben als Endlager-Standort für hochradioaktiven Müll ungeeignet ist. Der Salzstock weist zu viele geologische Defizite auf.

Genauso fatal ist die gesellschaftspolitische Geschichte des Standorts.

In Gorleben haben sich politische Entscheider und Behörden lange Jahre auf eine Weise verhalten, die bei vielen EinwohnerInnen des umgebenden Wendlands jegliches Vertrauen zerstört hat. Der so wichtige soziale Prozess bei Auswahl und Einrichtung eines Endlagers wurde von Anfang an mit Füßen getreten. Dieser destruktive Prozess ist nicht zu heilen.

Für den Neuanfang der Endlagersuche stellt sich die Frage, wie sehr er durch einen weiterhin existenten potentiellen Standort Gorleben belastet würde – ob der „Neuanfang unter anderen Vorzeichen“, mit Transparenz und neuer Partizipationskultur, glaubwürdig sein kann, wenn die neu ausgewählten Standorte sich dem Vergleich mit einem Standort stellen müssen, der intransparent, ohne Beteiligungskultur und mit Lug und Trug ausgewählt wurde.

Der nötige Schlussstrich unter Gorleben muss in einem rechtssicheren Verfahren erfolgen, d.h. aufgrund einer offensichtlichen Nichterfüllung von festgelegten Kriterien oder der Erfüllung eines Ausschlusskriteriums. Deshalb müssen die Kriterien detailliert und klar im Endlagersuchgesetz festgeschrieben sein..